

Zu oft auf Messers Schneide – wie lange hält die EU das aus?



Strukturelle Konflikte und die Dringlichkeit eines konstitutionellen Neustarts

Auf dem Hintergrund tiefgreifender Krisensymptome in der Europäischen Union skizziert der Autor fünf strukturelle Verwerfungen. Hierzu zählen: die verweigerte Sozialunion bei forciertem Binnenmarkt und einer Währungsunion mit gravierenden Konstruktionsfehlern; das System einer Mehrebenen-Demokratie bei unterschiedlichen Verfassungen in den Mitgliedsstaaten, bei auseinander driftenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, bei einer großen Vielfalt nationaler und regionaler Identitäten; die unklare Kompetenzverteilung zwischen Europäischem Rat, Europäischem Parlament und Ministerrat; die Diskussion um ein Europa zweier Geschwindigkeiten, das die Gefahr wachsender Distanz und Entfremdung birgt; das europäische Asylsystem mit seinen zweifelhaften Strategien, möglichst viele Geflüchtete und Schutzsuchende von Europa fernzuhalten. Der Autor sieht den Zusammenhalt der EU akut gefährdet und empfiehlt einen Neustart auf der Grundlage einer europäischen Verfassung.



Friedhelm Hengsbach SJ

Die Präsidenten der Europäischen Union hatten sich am 25. März dieses Jahres vorgenommen, die aktuelle Situation der Mitgliedsländer nach dem Ausscheiden Großbritanniens zu durchleuchten. Sie wollten „die Europäische Union durch noch mehr Einheit und Solidarität untereinander und die Achtung gemeinsamer Regeln stärker und widerstandsfähiger machen“.¹ Sie hatten vor allem eine gemeinsame Zukunft einer EU der 27 Mitgliedsländer im Blick, die inzwischen nach Norden, Süden und Osten erweitert wurde. Sie waren gewillt, sich den externen und internen Herausforderungen zu stellen: der gefährdeten Sicherheit, der ungleichen wirtschaftlichen Entwicklung und der gesellschaftlichen Polarisierung im Innern sowie den militärischen Konflikten in der mittelbaren und unmittelbaren Nachbarschaft. Und sie bekräftigten die Aussage aus der Berliner Erklärung vor zehn Jahren: „Wir sind zu unserem Glück vereint“.²

Doch ganz wolkenlos hatte der Himmel während der Festtage in Rom nicht gestrahlt. Die Journalisten hatten ihre Kameras gezielt auf die couragierte polnische Ministerpräsidentin Beata Maria Szydło gerichtet, ob sie die Erklärung von Rom unterzeichnen würde; sie hatte nämlich ihre Zustimmung davon abhängig gemacht, dass das Wort „unterschiedliche Geschwindigkeit“ gelöscht würde. Auf Messers Schneide wurde ihre Forderung akzeptiert; an Stelle des umstrittenen Begriffs stand im Text: „Gangart“. Die Staats- und Regierungschefs strahlten an diesem Tag im gewohnten Modus der Verständigung. Bloß wie lange hält die EU das aus?

Neben dem ständigen Brandherd Griechenland schwelen auch in anderen Regionen Konflikte. Ungarn werde ein Fall für Brüssel, ahnte die Süd-

deutsche Zeitung.³ Die Kommission moniert ein umstrittenes Hochschulgesetz, ohne dass sie davon überzeugt ist, ein Vertragsverletzungsverfahren könnte irgendetwas verändern. Erheblicher ist wohl, dass Geflüchtete in Ungarn für die Dauer des Asylverfahrens in Containerdörfer nahe der serbischen Grenze eingesperrt werden. Weil einige Mitgliedsländer fürchten, die zentralen Organe der EU würden die eigene Souveränität antasten, haben sich außer der Visegrád-Gruppe sieben südeuropäische Staaten, nämlich Frankreich, Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern in Madrid zu einem offenen Meinungsaustausch getroffen. Für die iberischen Länder steht der Brexit im Mittelpunkt. Aber es ging auch um eine „neue Vision“ für Europa, um Investitionen, Arbeitsplätze, sozialen Schutz und eine gemeinsa-

¹ Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission: Erklärung von Rom, S. 2.

² Ebd. S. 3.

³ „Ungarn wird Fall für Brüssel“, Süddeutsche Zeitung vom 13./14.4.2017, S. 8.